

Der neue Tag

Oberpfälzischer Kurier

Nummer 124

Mittwoch, 31. Mai 1995

Einzelpreis 1,40 DM



VON DER PRESSE EINGEKESSELT: Bundeskanzler Helmut Kohl stellte sich erstmals in diesem Jahr der Bundespressekonferenz – und löste einen großen Auflauf aus. Bild: dpa

Freilassung der Geiseln bleibt Hauptforderung

UN-Truppen verstärken

Der Kanzler an „verbrecherische“ Serben: Das Maß ist voll

Noordwijk/Sarajevo/Bonn. (dpa) Die Freilassung der von den bosnischen Serben als Geiseln festgehaltenen UN-Blauhelme hat für die NATO höchste Priorität. Auf der Frühjahrstagung der Allianz in Noordwijk kamen die Politiker und Militärs überein, die Friedenstruppen in Bosnien nicht abzuziehen, sondern zu verstärken. Am Dienstagabend ließen die Serben sechs französische UN-Soldaten aus der Geiselhaft frei.

Dennoch solle weiter auf Verhandlungen gesetzt werden. Das ursprünglich für Dienstag erwartete neue Konzept für den künftigen Einsatz der UN in Bosnien sollte erst am Mittwoch dem Welticherheitsrat vorgelegt werden.

In Bonn verurteilte Bundeskanzler Helmut Kohl das „verbrecherische Vorgehen der bosnischen Serben gegen die UN-Soldaten“. „Das Maß ist voll“, sagte er auf der Bundespressekonferenz. Zu den gemeinsamen Zielen in Bosnien, hinter denen seine Regierung voll stehe, zählte Kohl die Freilassung der UN-Geiseln.

Bundeswehr bereitet sich vor

Die Bundeswehr bereitet ab sofort die Verbände, die zur Unterstützung eines möglichen UN-Abzugs aus Bosnien vorgesehen sind, konkret auf ihre Mission vor. Das Kabinett gab grünes Licht für die Erhöhung der Einsatzbereitschaft.

Die Militärführung der bosnischen Serben erklärte alle Abkommen mit den UN sowie sämtliche Resolutionen des Welticherheitsrates zu Bosnien für null und nichtig und die UN-Geiseln zu „Kriegsgefangenen“. Die UNPROFOR habe sich „offen auf die Seite der Feinde der Serben gestellt.“

„Militärische Lösung nicht der Weg“

Bundesaußenminister Klaus Kinkel sagte am Rande der NATO-Tagung, die 16 Außenminister seien sich darüber einig: „Eine militärische Lösung kann und darf nicht der Weg sein.“ In der Nacht zum Dienstag hatte sich auch die Bosnien-Kontaktgruppe in Den Haag darauf geeinigt, weiter auf Verhandlungen zu setzen. NATO-Generalsekretär Willy Claes unterstrich, die westli-

che Allianz sei bereit, sich an der Stärkung der Blauhelme zu beteiligen.

Die Führung der UN-Friedenstruppen beklagte den zunehmenden Mißbrauch gestohlener UN-Panzer und -Ausrüstung durch die bosnischen Serben. Die Zahl der von Serben als Geiseln oder Gefangene gehaltenen UN-Soldaten stieg unterdessen auf über 400.

Kabinett beschließt: In Zukunft nur noch zehn Monate Wehrdienst – Auch kürzerer Ersatzdienst

Bonn. (dpa) Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf zur Verkürzung des Grundwehrdienstes von zwölf auf zehn Monate ab 1. Januar 1996 beschlossen. Gleichzeitig wird der Zivildienst von 15 auf 13 Monate verkürzt. Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) unterstrich, daß damit die wehrrechtlichen Bestimmungen an die veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen angepaßt werden. Zugleich würden die Anreize zum Dienst in der Bundeswehr verstärkt.

An die zehn Monate Wehrdienst schließen sich zwei Monate Verfügungsbereitschaft an, aus der die Wehrpflichtigen jederzeit für höchstens zwei Monate zu einem weiteren Wehrdienst herangezogen werden können. In der zehnmonatigen Wehrdienstzeit sind 22 Tage Urlaub enthalten. Die Soldaten brauchen also de facto nur noch neun Monate Dienst zu leisten. Sie können auch über den

„FDP 1998 wieder im Bundestag“

Kohl läßt die Kandidatur weiter offen

Warnt vor Rot-Grün auf Bundesebene

Bonn. (dpa) Bundeskanzler Helmut Kohl hat eine erneute Kanzlerkandidatur im Jahr 1998 offengelassen. Gleichzeitig warnte der CDU-Vorsitzende vor der Bonner Presse vor einer Übertragung des in Nordrhein-Westfalen geplanten rot-grünen Modells auf die Bundesrepublik.

Dem bei den Landtagswahlen in NRW und Bremen unterlegenen Koalitionspartner FDP sagte er für 1998 den Wiedereinzug in den Bundestag voraus, „es sei denn, sie wollten sich selbst ausschließen“. Die derzeitige Bonner Regierungskoalition aus CDU, CSU und Liberalen bezeichnete er als „stabil“.

„Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und Bremen haben die politische Szenerie in Deutschland geklärt“, sagte Kohl. Die SPD habe ihr Ziel, selbst mehrheitsfähig zu werden, aufgegeben. Eine rot-grüne Koalition in NRW werde „enorme Auswirkungen haben“ und „Modellfall dafür sein, wie die Bundesrepublik nicht werden darf.“ Nach Hessen gehe rot-grün in Düsseldorf „vom Kleinversuch in den Großversuch“. Kohl sah negative Auswirkungen einer rot-grünen Regierung für NRW als „industrieller Kernlandschaft“ vor allem auf den Feldern Energie, Verkehrs- und Arbeitsmarktpolitik voraus. Falls es in Bremen ebenfalls zu einer rot-grünen Koalition komme, „wird das die Stadt in kurzer Zeit in den Ruin führen“, sagte er.

Kohl verweigerte auch auf mehrfaches Befragen eine Festlegung, ob er seiner Partei noch einmal als Kanzlerkandidat zur Verfügung stehen werde. „Ich habe überhaupt nicht die Absicht, mich jetzt darüber zu verbreiten“, sagte der Kanzler. (Siehe auch Kommentar)

Traditionsclub 1.FC Amberg vor der Liquidation

Vorstand trat komplett zurück – Über zwei Millionen Schulden

Amberg. (ben) Die Tage des traditionsreichen 1. FC Amberg scheinen gezählt! Auf dem Fußballclub lasten Verbindlichkeiten von über 2,2 Millionen Mark.

Vor diesem Hintergrund und vor der Tatsache, daß die Sparkasse Amberg-Sulzbach und die Volksbank nicht bereit sind, auf Forderungen mit einem Gesamtvolumen von rund einer Million Mark zu verzichten, erklärte gestern der gesamte Vorstand, voran Vorsitzender Dietrich Mickan, zunächst seinen Rücktritt. Zu später Stunde erklärten sich Bauunternehmer Mickan und der bisherige „Vize“ Dieter Amann aber bereit, die Amtsgeschäfte kommissarisch doch noch weiter zu führen und neuerliche Verhandlungen mit Gläubigern und der Stadt Amberg anzustreben. Gleichzeitig wurde für den 27. Juni ein Termin für die nächste Mitgliederzusammenkunft anberaumt.

Vor dieser Entwicklung hatte Dr. Günther Schatz, Justitiar des Vereins, die ausweglos erscheinende Situation dargelegt. Er rief der kurzfristig einberufenen Mitgliederversammlung, entweder binnen drei Wochen Kandidaten für eine neue Vorstandschaft ausfindig zu machen oder beim Registergericht die Einsetzung eines Notvorstandes zu beantragen, dessen Aufgabe es sein müßte, die Liquidation des Vereins zu betreiben.

Festgelegt wurde gegen 22 Uhr, daß die erste Mannschaft auf das für heute terminierte Plazierungsspiel gegen den FC Passau verzichtet. Dadurch steht der 1. FC Amberg als Bayernliga-Absteiger fest.

Mit SPD zu machen Scharping: Die Unternehmensteuern müssen sinken, sie sind ein Nachteil

Bonn. (dpa) Der SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping hält eine Senkung der Unternehmensteuern für nötig. Eine große Reform der Unternehmensteuern sei mit der SPD zu machen, sagte Scharping beim Verbandstag des Bundesverbandes der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bonn.

Die nominalen Steuersätze für Unternehmen seien zu hoch. Dies sei für Investoren aus dem Ausland ein psychologischer Nachteil. Seine Vorstellungen zur Besteuerung der Unternehmen erläuterte Scharping bei dem ersten Treffen des neuen SPD-Wirtschaftsforums auf dem Petersberg bei Bonn.

Vor den Bankern forderte Scharping den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft. „Wir müssen die soziale Marktwirtschaft wiederfinden“, so der SPD-Chef. Die Vorstellung, der Staat müsse alles regeln, sei „veraltetes Denken“. Dieses Vertrauen in den Staat sei auch in der SPD „im Sinken“.

Die Staatsquote dürfe jetzt nicht weiter steigen und müsse dann gesenkt werden. Die Einkommensteuern müßten reduziert werden. Zur Finanzierung sei der Abbau von Subventionen für alte Branchen wichtig. Mit der SPD könne auch über die Hilfen für Steinkohle und Landwirtschaft geredet werden.

Trend zum jüngeren Mann

Wiesbaden (epd) Jede fünfte Frau gab 1993 einem jüngeren Mann das „Ja-Wort“. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden als „Zahl der Woche“ mitteilte, waren bei 90 052 Eheschließungen die Frauen der ältere Partner.

Allerdings nahmen 307 761 Frauen eine eher traditionelle Wahl vor und heirateten einen älteren Mann. Bei 41 623 Eheschließungen gingen gleichaltrige Partner den „Bund fürs Leben“ ein. 60 oder älter waren Mann und Frau den Angaben zufolge bei 3169 Ehen.

NATO: Sicherheitspartnerschaft mit Moskau

Bündnis will über „Partnerschaft für Frieden“ hinaus ein umfassendes neues Konzept für ganz Europa

Brüssel. (dpa) Die NATO strebt mit Rußland über die „Partnerschaft für den Frieden“ hinaus den Abschluß einer umfassenden Vereinbarung zur Festigung von Sicherheit und Stabilität in Europa an. Wie Bundesaußenminister Klaus Kinkel am Dienstag bei der Frühjahrstagung der Allianz im niederländischen Noordwijk sagte, haben dies die 16 Außenminister der NATO-Mitgliedsstaaten trotz des weiterhin bestehenden russischen Widerstandes gegen die Osterweiterung des Bündnisses beschlossen. Bereits bis zum Jahresende sollen konkrete Ergebnisse vorliegen.

Schon am Mittwoch soll in einer Runde der 16 Alliierten mit ihrem russischen Amtskollegen Andrej Kosyrew der „neue Dialog“ eingeleitet werden, sagte Kinkel. Kernpunkte des Übereinkommens, das weit über die 1994 eingeleitete NATO-Initiative „Partnerschaft für den Frieden“ hinausgehen soll, müßten eine gegenseitige Konsultationspflicht, Abrüstungsvereinbarungen sowie gemeinsame friedenserhaltende Maßnahmen sein.

Mit der neuen Initiative will die NATO Rußlands Rolle als militärischer Supermacht Rech-

nung tragen und die Bedenken Moskaus gegen die Aufnahme neuer Mitglieder in die Allianz zerstreuen. Die EU-Außenminister hatten bereits bei ihrem Treffen im südfranzösischen Carcassonne im März einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Nach Meinung Kinkels könnte das Abkommen in Form einer verbindlichen Charta abgeschlossen werden.

Moskau werde am Mittwoch zwei Dokumente – eines über die konkrete Ausgestaltung der Partnerschaft und eines über die besonderen Beziehungen mit der Allianz über die Partnerschaft

hinaus – akzeptieren, teilte NATO-Generalsekretär Willy Claes nach einem Gespräch mit Kosyrew mit. Noch im Dezember vergangenen Jahres hatte Kosyrew die gemeinsam ausgearbeiteten Papiere aus Protest über die geplante Osterweiterung der NATO überraschend zurückgewiesen. Bereits im Sommer 1994 war Rußland allerdings durch die Unterzeichnung des grundsätzlichen Rahmendokuments der Partnerschaft beigetreten.

Schlüsselrolle für Moskau

Die NATO legt besonderen Wert darauf, auch Rußland in die Initiative einzubinden, um nicht durch eine mögliche Isolation Moskaus neue Gräben in Europa aufzureißen. Rußland kommt nach den Worten des NATO-Generalsekretärs eine Schlüsselrolle bei der Schaffung einer neuen Sicherheitsstruktur in Europa zu.